

Absender:

---

---

Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)  
Strahlenberger Straße 11  
63067 Offenbach

**Antrag auf Förderung von innovativen Technologien  
(Teil II Nr. 3 der Förderrichtlinien vom 9.10.2019)**

**1. Projektübersicht**

**a) Antragsteller**

**Antragsteller:** (Name, Art, Geschäftszweck und Rechtsform des Antragstellers, z.B. EVU, Kommune, Industriebetrieb, Handwerksbetrieb, landwirtschaftlicher Betrieb, Privatperson usw.):

Anschrift:

Kreis:

Regierungsbezirk:

Gemeindekennziffer (ggf. des Investitionsorts):

Projektleiter/in:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Bankverbindung:

IBAN:

BIC:

## b) Förderprojekt

**Projekt:**  
(Kurztitel)

**Ort der Projektdurchführung:**

Es handelt sich um ein

- |  |  |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> <b>Pilotvorhaben</b>        | <input type="checkbox"/> <b>Demonstrationsvorhaben</b> |
| <input type="checkbox"/> <b>Entwicklungsvorhaben</b> | <input type="checkbox"/> <b>Forschungsvorhaben</b>     |

zur

- Steigerung der Energieeffizienz/Energieeinsparung**
- Nutzung erneuerbarer Energien**
- rationellen Energieerzeugung**
- rationellen Energieverwendung**
- Speicherung von Energie**
- Netzintegration**
- sonstigen Nutzung, Verwendung, Speicherung oder Erzeugung von Energie**

**Handelt es sich um ein Verbundprojekt mehrerer Projektbeteiligter?**

ja, mit folgenden weiteren Projektbeteiligten:

(Hinweis: Verbundvorhaben sind vom Konsortialführer zu beantragen. Der Konsortialvertrag ist spätestens zum ersten Mittelabruf vorzulegen)

nein

**Durchführungszeitraum:**

Das Projekt soll in der Zeit vom ..... bis ..... durchgeführt werden.

Hinweis: Es werden grundsätzlich nur Projekte gefördert, die vor Rechtskraft des Zuwendungsbescheides noch nicht begonnen worden sind.

## 2. Beantragte Zuwendung

Ich/Wir beantrage/n die Gewährung eines Zuschusses für vorstehend genanntes Projekt in Höhe von:

..... €

in Worten: .....Euro

Die Zuwendung soll wie folgt bereit stehen:

**Jahr**

**Zuwendungsteilbetrag**

.....Euro

.....Euro

.....Euro

.....Euro

## 3. Erforderliche Angaben und Unterlagen:

### 3.1 zum Antragsteller

Sind bereits früher Vorhaben von Ihnen durch die Hessische Landesregierung oder andere Zuwendungsgeber gefördert worden?

Wenn ja, welche? Durch wen? Unter welchem Aktenzeichen?

Bei Antragstellung durch Personen- oder Kapitalgesellschaften:

- Benennen Sie bitte die Gesellschafter bzw. Anteilseigner mit dem jeweiligen Anteil am Grundkapital und legen Sie einen Auszug aus dem Handelsregister (Kopie) bei.
- Wie viele Arbeitnehmer werden beschäftigt?
- Geben Sie den in den letzten drei Jahren jeweils erzielten Umsatz an.
- Ist Ihr Unternehmen einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen?
- Haben Sie Vorsorge getroffen, dass das beantragte Vorhaben so vorbereitet bzw. umgesetzt werden kann, dass
  - die Gleichstellung von Männern und Frauen i.S.v. Art. 7 der VO (EU) Nr. 1303/2013 sichergestellt ist?
  - jede Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung ausgeschlossen ist?

### 3.2 zum Vorhaben<sup>1)</sup>

a) Ziel des Vorhabens, technische Erläuterungen des Vorhabens:

(hier zusammenfassende Kurzform; ausführliche Beschreibung des Verfahrens - Funktionsprinzip, wesentliche Details, Vorteile des Verfahrens usw. - als Projektskizze in der Anlage; Verweis auf fachtechnische Projektbeurteilung)

b) Arbeitsplan und Dauer des Vorhabens:

(Beschreibung der einzelnen Arbeitsschritte, die zum Erreichen des Projektzieles nötig sind; Definition von Teilzielen; Zuordnung des erforderlichen Zeit- und Mittelaufwandes zu den einzelnen Arbeitsschritten; bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ist ein Arbeits- und Zeitablaufplan in Form eines Balkenplanes beizufügen, bei Pilot- und Demonstrationsvorhaben sollte dies erfolgen; bei Verbundprojekten sind die einzelnen Arbeitsschritte und der erforderliche Zeit- und Mittelaufwand zusätzlich soweit möglich den einzelnen Projektbeteiligten zuzuordnen).

c) In welchen Punkten geht das Vorhaben über bereits bekannte bzw. kommerziell genutzte Techniken, Verfahren oder Produkte hinaus?

(Begründung des Pilot- oder Demonstrations- bzw. Forschungs- oder Entwicklungs-Charakters des Vorhabens mit Darstellung der zu erwartenden neuen Erkenntnisse gegenüber dem Stand der Technik bzw. den am Markt bereits eingeführten Verfahren oder Techniken; Darstellung der wesentlichen Neuheiten und des erwarteten Fortschrittes sowie der damit verbundenen Vorteile, ergänzt durch eine fachtechnische Projektbewertung oder gutachterliche Stellungnahme)

---

1) Anlagen beifügen (Planungsunterlagen, Funktionsschemata, Diagramme, Konstruktionsskizzen etc.), soweit Details des Vorhabens im Antragsformular nicht ausreichend dargestellt und beschrieben werden können.

- d) Welche Arbeiten sind im Zusammenhang mit dem Vorhaben bereits früher durchgeführt worden? Ist darüber in der Fachliteratur berichtet worden?
  
- e) Welche Primärenergieeinsparung, Endenergieeinsparung und Einsparungen an Emissionen gegenüber bereits bekannten Techniken, Verfahren oder Produkten werden erwartet?
  
- f) Welche Umwelt- und Klimaauswirkungen sowie ggf. erforderliche Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahmen werden durch das Fördervorhaben bewirkt oder ausgelöst? Sind negative Auswirkungen auf Umwelt oder Klima zu befürchten und falls ja in welchem Umfang?
  
- g) Art und Umfang der technischen und wirtschaftlichen Risiken des Vorhabens; Marktchancen des Vorhabens:
  
- h) Welche Patente oder sonstigen Schutzrechte wurden zum Schutz des Vorhabens bereits erteilt, welche beantragt? Ggf. Anmelde- und Druckschriften beifügen.
  
- i) Welche Teile des Vorhabens sollen an Dritte vergeben werden? Entsprechende Kennzeichnung der hierfür vorgesehenen Ausgaben im Ausgabenplan ist erforderlich; ggf. Erläuterungen als Anlage.

#### 4. Ausgabenplan<sup>1)</sup>

Die voraussichtlichen Gesamtausgaben des Vorhabens sind zeitlich und nach Teilbereichen gegliedert (z.B. Materialausgaben, Ingenieurleistungen, Konstruktion, größere Einzelpositionen etc.) darzustellen. Kostenvoranschläge und Angebote sind beizufügen, insbesondere wenn es um investive Ausgaben (Anschaffungen) geht. Die Mehrwertsteuer ist gesondert auszuweisen. Der Ausgabenplan soll mit dem Arbeitsplan (siehe Nr. 3.2.b) korrespondieren. Fremdleistungen und Eigenleistungen sind zu trennen und entsprechend im Ausgabenplan zu kennzeichnen. Sollte der hier vorgesehene Raum nicht ausreichen, ist der Ausgabenplan auf einer gesonderten Anlage zu erstellen. Bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben ist eine quartalsweise Aufschlüsselung nach Einzelpositionen für die gesamte Laufzeit des Vorhabens erforderlich.

<b>Zeitraum (nach Jahren)</b>	<b>Ausgabenart</b>	<b>Betrag ohne MWSt. Euro</b>	<b>MWSt. in %</b>	<b>MWSt. in Euro</b>	<b>Bruttobetrag in Euro</b>
	<b>Summen:</b>				

**Hinweis:** Evtl. gewährte Zuschüsse werden in den entsprechenden Haushaltsjahren anteilig bereitgestellt. Eine Übertragung nicht abgerufener weil noch nicht benötigter Mittel in folgende Haushaltsjahre ist nur im besonders begründeten Einzelfall möglich.

1) Wählen Sie eine sinnvolle Aufteilung (technisch und später auch rechnermäßig abgrenzbare Arbeiten / Baugruppen / Aggregate). Diese Aufteilung wird im Regelfall bis zur Erstellung des Verwendungsnachweises nach Abschluss des Projektes beibehalten.

## 5. Finanzierung

### 5.1 Finanzierungsplan

- Eigenmittel ..... EUR
- Eigenleistungen ..... EUR
- Zuwendungen von Unternehmen  
(Einzelheiten gesondert angeben) ..... EUR
- Zuwendungen aus öffentlichen  
Mitteln, ohne beantragte Zuwendung  
(Einzelheiten gesondert angeben) ..... EUR
- sonstige Leistungen Dritter, auch  
Spenden von Sachmitteln (Einzelheiten  
gesondert angeben) ..... EUR
- Fremddarlehen ..... EUR
- beantragte Zuwendung des  
Landes Hessen ..... EUR
- Einnahmen aus dem Projekt ..... EUR
- Vorsteuer (entspr. MWSt.) ..... EUR
  
- Insgesamt \_\_\_\_\_ EUR

5.2 Die geplante Finanzierungsstruktur ist durch geeignete Nachweise zu belegen (z.B. durch **Bankbescheinigungen** für Eigenmittel und bei Kreditfinanzierung). Im Falle privater oder gewerblicher Antragsteller sind **zusätzlich** die Bilanzen bzw. die Steuerbescheide der drei letzten Jahre vorzulegen.

5.3 Werden bzw. wurden für das Vorhaben bereits Zuwendungen bei anderen Stellen beantragt oder zugesagt oder ist dies noch beabsichtigt? Wenn ja, bei/von wem, in welcher Höhe und wie ist der Sachstand?

5.4 Aus welchen Gründen kann das Vorhaben ohne Förderung des Landes Hessen in der beantragten Höhe nicht oder nur erheblich verzögert durchgeführt werden?

**5.5** Aus welchen Gründen ist eine Finanzierung nur aus Eigen- und/oder Kreditmitteln nicht möglich, und warum sollte - auch bei erfolgreichem Verlauf des Projektes - von einer Rückzahlung der Zuwendung abgesehen werden?

**5.6** In welcher Weise werden die Mittel beim Antragsteller verwaltet? Wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt? Ist eine ausreichende Kassen- und Buchführung (welches Buchführungssystem?) vorhanden?

## **6. Erklärungen**

**6.1** Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und vor Erteilung eines schriftlichen Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung der Maßnahme zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten, wenn dieser in direktem Zusammenhang mit dem Förderprojekt steht.

**6.2** Ich bin/Wir sind für das durchzuführende Vorhaben zum **Vorsteuerabzug** nach § 15 Umsatzsteuergesetz **berechtigt**:

ja

nein

**6.3** Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und der zusätzlich beigefügten Antragsunterlagen und bestätige(n) die Kenntnis des Inhaltes

- des Hessischen Energiegesetzes (GVBl. 2012, S. 444) in der Fassung vom 5.10.2017 (GVBl. 2017, S. 294)
- der Richtlinien für die energetische Förderung im Rahmen des Hessischen Energiegesetzes vom 9.10.2019 (StAnz. 44/2019, S. 1046)

**6.4** Mir/Uns ist bekannt, dass folgende im Antrag anzugebende Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

- Angaben zum Antragsteller
- Investitionsort
- Beschreibung und Begründung des Vorhabens, soweit die Angaben als Tatsachen feststehen
- Beginn des Vorhabens
- Angaben zur Finanzierung, soweit sie als Tatsachen feststehen
- Angaben über gegebenenfalls bestehende wirtschaftliche, rechtliche und personelle Verflechtungen zwischen Träger, Betreiber und Nutzer.



Bei diesen Angaben handelt es sich um Tatsachen, von denen nach den Förderrichtlinien die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist.

Mir/Uns ist weiterhin bekannt, dass eine Entstellung oder Unterdrückung dieser Tatsachen ggf. als Betrug im Sinne des § 263 StGB strafbar ist. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. I, S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist. Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werden wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der bewilligenden Stelle mitteilen.

- 6.5** Ich/Wir erkläre/n, dass das beantragte Vorhaben keine Aktivität umfasst, für die infolge einer Produktionsverlagerung außerhalb des Landes Hessen Mittel der Europäischen Union zurück gefordert werden oder wurde
- 6.6** Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass der Zuwendungsgeber zur Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen externe Gutachter zur Beurteilung des Vorhabens heranziehen sowie Bücher und Geschäftsunterlagen beim Antragsteller prüfen kann.
- 6.7** Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften(ANBest-GK) sind uns bekannt.
- 6.8** Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung des beschriebenen Projektes verwandt.
- 6.9** Ich/Wir erkläre(n), dass die Finanzierung der mit den Investitionen verbundenen Folgekosten gesichert ist.
- 6.10** Wir haften gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Projektmittel auch bei einem bevollmächtigten Projektträger. Dies gilt auch für den zu führenden Verwendungsnachweis und eine eventuell erforderliche Rückzahlung von nicht zweckentsprechend verwendeten Fördermitteln.
- 6.11** Ich/Wir bin/sind bzw. werde(n) uneingeschränkt Eigentümer der/des Grundstücke(s) oder Erbbauberechtigte(r) auf dem/denen die Maßnahmen durchgeführt werden, bzw. eine Zustimmungserklärung des/der Eigentümer zur Vornahme der beantragten Maßnahme ist beigefügt.
- 6.12** Mir/Uns ist bekannt, dass bei der Erteilung von Aufträgen grundsätzlich die LHO sowie Nr. 3 der jeweils einschlägigen Allgemeinen Nebenbestimmungen (AN-Best-P oder ANBest-GK) zu beachten sind..  
Ausgenommen sind Förderungen der gewerblichen Wirtschaft, wenn der öffentliche Anteil bei der Förderung des Vorhabens nicht überwiegt.  
Die Vergabeverfahren werden ausführlich und nachvollziehbar dokumentiert, alle Bekanntmachungen nach nationalem oder EU-Vergaberecht werden in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (HAD) bei der Auftragsberatungsstelle Hessen e.V., Bierstadter Str. 9, 65189 Wiesbaden, Tel: 0611-974 588-0, Internet: [www.had.de](http://www.had.de) veröffentlicht (Pflichtbekanntmachung).

**6.13** Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle

- die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates , geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018,
- die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 , geändert durch die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 und
- die dazugehörigen Durchführungsrechtsakte und delegierten Rechtsakte

gelten.

Weitere Grundlagen sind das Operationelle Programm für die Förderung von Investitionen in Wachstum und Beschäftigung in Hessen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 2014 bis 2020 (IWB-EFRE-Programm Hessen), genehmigt von der Europäischen Kommission mit Entscheidung vom 12. Dezember 2014 (CCI 2014DE16RFOP007), geändert mit Beschluss vom 26. September 2018 sowie die Allgemeinen Projektauswahlkriterien (Methodik und Kriterien für die Auswahl von Vorhaben), genehmigt vom IWB-EFRE-Begleitausschuss Hessen mit Beschluss vom 6. März 2015, geändert mit Beschluss 29. August 2016. Hiernach veröffentlichen die jeweils zuständigen Verwaltungsbehörden im Rahmen der Informations- und Publikationsmaßnahmen ein Verzeichnis, das Auskunft über die Begünstigten, die geförderten Vorhaben und die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel gibt.

Ich bin/Wir sind mit der Aufnahme der vorgenannten Angaben in das Verzeichnis einverstanden.

**6.14** Mir/Uns ist bekannt, dass Fördervorhaben vor Ort seitens der EFRE-Verwaltungsbehörde, der EFRE-Prüfbehörde, des Hessischen Rechnungshofes, des Bundesrechnungshofs, des Europäischen Rechnungshofes sowie von Prüforganen der Europäischen Union geprüft werden können. Darüber hinausgehend können Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission auch prüfen, ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren.

**6.15** Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union (bei EU-Förderung) auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.

**6.16** Ich/Wir bin/sind damit einverstanden, dass die Europäische Union, die Bundesregierung und die Landesregierung den Ausschüssen der jeweiligen Parlamente Namen sowie Höhe und Zweck der mir/uns gewährten Zuwendung bekannt geben.

**6.17** Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, bei von mir/uns initiierten Veröffentlichungen über das geförderte Vorhaben einen Hinweis zur Förderung mit Mitteln des Landes und gegebenenfalls der EU durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen aufzunehmen.

**6.18** Darüber hinaus gewähre ich/gewähren wir der Bewilligungsbehörde das grundsätzliche Veröffentlichungsrecht an allen mit dem geförderten Vorhaben verbundenen energierelevanten Daten, Fotos, Zeichnungen und Plänen. Soweit es für die Vorbereitung einer solchen Veröffentlichung geboten ist, gestatte ich/gestatten wir der Bewilligungsbehörde oder dem/den von ihr Beauftragten die Besichtigung des geförderten Vorhabens nach vorheriger Terminabsprache.

**6.19** Im Fall der Antragstellung durch Universitäten oder Hochschulen:  
Ich/Wir bestätige/n, die geltenden Vergabebestimmungen für öffentliche Auftraggeber zur Anwendung des Vergaberechts, insbesondere des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes, der Vergabeverordnung, der Vergabe- und Vertragsordnungen sowie der Gemeinsamen Runderlasse zum öffentlichen Auftragswesen (Vergabeerlass) sowie zum Ausschluss von Bewerbern und Bietern wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen, in der jeweils gültigen Fassung anzuwenden und einzuhalten.

## 7. Liste beizufügender/beigefügter Unterlagen/Anlagen

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | Katasterkarte/Lageplan 1 : 1000 oder 1 : 500 zum Projekt (Ort der Durchführung, Investitionsort)                                     |
| <input type="checkbox"/> | bemaßte Pläne (Grundrisse, Ansichten, Schnitte) mit Kennzeichnung der für das Projekt maßgeblichen Darstellungen, Schritte, Angaben, |
| <input type="checkbox"/> | Projektbeschreibung, Projektkonzept, Ablaufplan  |
| <input type="checkbox"/> | Berechnung der Primär- und Endenergiebedarfsreduzierung sowie gegebenenfalls der Verringerung des CO <sub>2</sub> -Ausstoßes         |
| <input type="checkbox"/> | Fachtechnische Stellungnahme/fachliches Gutachten zur Bewertung des Projekts<br>Nachweise zu Eigentums- und Finanzierungsstruktur    |
| <input type="checkbox"/> | bei Verbundprojekten: Konsortialvertrag (falls noch nicht vorhanden ist dieser spätestens mit dem ersten Mittelabruf vorzulegen)     |
| <input type="checkbox"/> | Sonstiges, z. B. Patente etc.  |
| <input type="checkbox"/> |  |

*Hinweis: Es können weitere Unterlagen angefordert werden, soweit dies für die Beurteilung des Projektes erforderlich ist*

**Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.**

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift)